

## Fragen

für die Fragestunde der 157. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 24. Februar 2016

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Andreae, Kerstin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	6, 7	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 37
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	25, 26	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	18, 19
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40	Leidig, Sabine (DIE LINKE.)	8
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	30, 31	Renner, Martina (DIE LINKE.)	35, 36
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	13, 23	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22	Steinbach, Erika (CDU/CSU)	1, 15
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	27, 28	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 32
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	33, 34	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	10
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 3
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ..	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung .....	7
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes .....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie...	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes .....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales .....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft .....	15

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordnete  
**Erika Steinbach**  
(CDU/CSU) Welche Mittel sind in den letzten zwölf Jahren aus dem Bundeshaushalt oder mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt gekoppelt jeweils für den Bereich „Gender“ investiert worden?<sup>1</sup>

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur**

2. Abgeordnete  
**Dr. Valerie Wilms**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Aus welchen Gründen werden in Deutschland voraussichtlich keine Verkehrsprojekte durch den EFSI (Europäischer Fonds für strategische Investitionen, sog. Juncker-Paket) gefördert ([http://ec.europa.eu/priorities/sites/beta-political/files/sector-factsheet-transport\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/priorities/sites/beta-political/files/sector-factsheet-transport_en.pdf)), und inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass es sich bei der Mehrheit der Vorhaben im Verkehrsbereich um Autobahnprojekte handelt, sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen des EFSI zukünftig mehr in Vorhaben zur Förderung nachhaltiger Mobilität im Sinne des Weißbuchs Verkehr 2011 investiert wird?
3. Abgeordnete  
**Dr. Valerie Wilms**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Wie bewertet die Bundesregierung die Überprüfung der beabsichtigten LKW-Mautausweitung ohne Ausschreibung durch die Vergabekammern mit dadurch möglichen folgenden Gerichtsverfahren in Hinblick auf Verzögerungen bei der Mautausweitung, und inwieweit werden dadurch neben zukünftigen auch bestehende Mauteinnahmen gefährdet ([www.handelsblatt.com/my/politik/deutschland/wegen-gerichtsverfahren-bund-droht-milliardenloch-bei-der-lkw-maut/12962100.html?ticket=ST-154940-JFii3h3zzUK4azZDG1y5-ap1](http://www.handelsblatt.com/my/politik/deutschland/wegen-gerichtsverfahren-bund-droht-milliardenloch-bei-der-lkw-maut/12962100.html?ticket=ST-154940-JFii3h3zzUK4azZDG1y5-ap1))?

---

<sup>1</sup> Siehe hierzu auch Frage 15

4. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie wurde die Entscheidung des Bundes herbeigeführt (bitte nach federführendem Ministerium, Abstimmungsvorgang mit den anderen Ministerien inkl. Datum und Form der Entscheidung aufschlüsseln), dass die Toll Collect GmbH ohne Ausschreibung mit der Ausweitung des Mautsystems auf alle Bundesstraßen beauftragt wird, und wie sollen die Ausfälle der LKW-Maut (bitte unter Angabe der veranschlagten Höhe) im Haushalt kompensiert werden?
5. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie soll der vom Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt, angekündigte „Doping-Test“ für Autos konkret aussehen (bitte unter Angabe des Zeitplans zur Einführung, der Kosten und zuständigen Behörde), und welche (Zwischen-)Ergebnisse hat die Untersuchungskommission zur Aufklärung des Abgasskandals bisher erzielt (bitte unter Angabe der Treffen und Gesprächsinhalte sowie der untersuchten Autos samt Ergebnis)?
6. Abgeordneter  
**Herbert Behrens**  
(DIE LINKE.)
- Welchen Zeitraum hat die Bundesregierung, vor dem Hintergrund einer entsprechenden Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Enak Ferlemann, im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 17. Februar 2016, bezüglich der für das Jahr 2018 geplanten Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen im internen Zeitplan für eine mögliche Klage wegen der geplanten Direktvergabe an Toll Collect GmbH für die technische Vorbereitung dieser Ausweitung eingeplant ([www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/lkw-maut-bund-droht-milliardenschwere-verzoegerung-a-1077348.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/lkw-maut-bund-droht-milliardenschwere-verzoegerung-a-1077348.html)), und welche anderen Möglichkeiten als eine Direktvergabe dieser Leistung hat die Bundesregierung verworfen (bitte jeweils begründen)?

7. Abgeordneter  
**Herbert Behrens**  
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die im Abschlussbericht der Kommission „Bau und Unterhaltung des Verkehrsnetzes“ getroffene Einschätzung, dass für die Gründung der vom Bund avisierten Infrastrukturgesellschaft „ein Zeitfenster von mehr als zwei Legislaturperioden (...) durchaus realistisch“ sei und es zumindest in dieser Übergangsphase „mit erheblichen Redundanzen und Doppelstrukturen zu rechnen sei“ und es zu befürchten sei, dass die „Transaktionskosten bei weitem die Effizienzeinsparungen übersteigen“?
8. Abgeordnete  
**Sabine Leidig**  
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Sonder-Verkehrsministerkonferenz am 23. Februar 2016 zum Abschlussbericht der Kommission „Bau und Unterhaltung des Verkehrsnetzes“ vor dem Hintergrund der Pläne der Bundesregierung zur Reform der Auftragsverwaltung mit der beabsichtigten Gründung einer „Infrastrukturgesellschaft des Bundes mit Fokus auf den Bundesautobahnen“ (Ausschussdrucksache 18(15)287)?
9. Abgeordnete  
**Katja Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern gibt es einen Personalmangel im Schleusendienst, und wie gedenkt die Bundesregierung, zukünftig den Bedarf an Nautikerinnen und Nautikern sowie Schichtleiterinnen und Schichtleitern zu decken?
10. Abgeordneter  
**Dr. Axel Troost**  
(DIE LINKE.)
- Sieht sich die Bundesregierung als Gesellschafterin der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH veranlasst, aufgrund der Feststellungen bezüglich des Verfahrens der Prüfung der Organhaftung (Abschnitt F) in der Mitteilung des Landesrechnungshofes Brandenburg über die „Prüfung zur Betätigung des Landes Brandenburg als Gesellschafter der FBB GmbH im Zusammenhang mit den Kostensteigerungen und Verzögerungen beim Bau des Flughafens BER“ eine erneute Prüfung der Organhaftung vorzunehmen, und wird sie diesbezüglich gegenüber den Mitgesellschaftern, den Ländern Berlin und Brandenburg, Initiative ergreifen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

11. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welcher/m aktuellen Phase/Verfahrensstand befinden sich nach Kenntnis der Bundesregierung die in Europa laufenden Programme, Strategien und Neubauvorhaben, die Atomkraft betreffen – wie beispielsweise das polnische Atomprogramm, die britische Nuklearstrategie oder die Neubauvorhaben Hinkley Point C oder Flamanville 3 –, und welche Langzeitbetriebspläne – auch bekannt als „Long Term Operation“, kurz LTO – für europäische Atomkraftwerke, insbesondere solche in Nachbarstaaten Deutschlands, existieren nach Kenntnis der Bundesregierung (bitte möglichst anlagenscharf angeben)?
12. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wurden nach Kenntnis der Bundesregierung konkret die Reaktordruckbehälter der grenznahen französischen Atomkraftwerke Cattenom 1 bis 4 und Fessenheim 1 bis 2 hinsichtlich der Frage ähnlich gravierender Materialprobleme wie die Reaktordruckbehälter der Atomkraftwerke Beznau 1, Tihange 2 oder Doel 3 seit dem Jahr 2012 ausreichend belastbaren und abdeckenden Ultraschallprüfungen auf dem Stand der Technik unterzogen oder nicht (dies geht weder aus den Antworten der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 56 auf Bundestagsdrucksache 18/6603 und meine Mündliche Frage 37, Plenarprotokoll 18/154, Anlage 27 hervor), und ist seitens der WENRA-Behörden (WENRA: Western European Nuclear Regulators' Association) die Veröffentlichung einer aktualisierten Übersicht ähnlich dem „Annex: Activities with regard to WENRA recommendation plant by plant“ des in den vorgenannten Antworten der Bundesregierung referenzierten WENRA-Berichts vom 17. Dezember 2014 geplant (ggf. bitte mit zeitlicher Angabe)?

13. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Welche Aktivitäten im Zusammenhang mit dem 30. Jahrestag der atomaren Katastrophe von Tschernobyl finden im Jahr 2016 unter Mitwirkung oder Unterstützung der Bundesregierung statt (bitte die einzelnen Aktivitäten und das jeweils zuständige Bundesministerium nennen), und welche weiteren Aktivitäten mit deutscher Beteiligung sind der Bundesregierung darüber hinaus bekannt?
14. Abgeordneter  
**Christian Kühn**  
(Tübingen)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Sozialwohnungen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den einzelnen Bundesländern in den letzten beiden Jahren, für die die Zahlen vorliegen, fertiggestellt (bitte einzeln nach Bundesland und Jahr aufschlüsseln)?<sup>2</sup>

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

15. Abgeordnete  
**Erika Steinbach**  
(CDU/CSU)
- Wie viele Lehrstühle existieren nach Kenntnis der Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland jeweils für die Aufgabenbereiche „Gender“ und „demographischer Wandel“?<sup>3</sup>

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

16. Abgeordneter  
**Uwe Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit entspricht die Arbeit des für Flüchtlinge zuständigen EU-Kommissars für Migration, Inneres und Bürgerschaft, Dimitris Avramopoulos, nicht den Vorstellungen vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, der wiederholt die Schaffung des Postens eines EU-Flüchtlingskommissars forderte ([www.br.de/radio/bayern2/politik/radiowelt/entwicklungsminister-gerd-mueller-100.html](http://www.br.de/radio/bayern2/politik/radiowelt/entwicklungsminister-gerd-mueller-100.html)),

---

<sup>2</sup> Siehe hierzu auch Frage 37

<sup>3</sup> Siehe hierzu auch Frage 1

und welche Initiativen hat der Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller bislang unternommen, um seine Forderung nach einem Flüchtlingskommissar auf EU-Ebene voranzutreiben?

17. Abgeordneter  
**Uwe Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist die Aussage von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller, dass nicht überall in Afghanistan Terror herrsche, so zu verstehen, dass der Bundesminister der Meinung ist, dass Menschen nach Afghanistan abgeschoben werden können (bitte begründen; [www.rp-online.de/politik/gerd-mueller-csu-sofortiger-waffenstillstand-fuer-syrien-aid-1.5762561](http://www.rp-online.de/politik/gerd-mueller-csu-sofortiger-waffenstillstand-fuer-syrien-aid-1.5762561)), und plant die Bundesregierung, wie von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller angekündigt, Menschen in vermeintlich sichere Regionen im Nordirak zurückzuführen (bitte begründen; [www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/2663822/Brauchen-Marshall-Plan-fuer-Syrien?bc=kua884718](http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/2663822/Brauchen-Marshall-Plan-fuer-Syrien?bc=kua884718))?

### **Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes**

18. Abgeordnete  
**Katrin Kunert**  
(DIE LINKE.)
- Welche Möglichkeiten gibt es, über die Rundfunkräte der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten hinaus, zu kontrollieren, ob der im Rundfunkstaatsvertrag verankerte Programmauftrag erfüllt wird?
19. Abgeordnete  
**Katrin Kunert**  
(DIE LINKE.)
- Gibt es für politische Institutionen (Parlamente, Ministerien) Möglichkeiten, auf die Verteuerung der Fernsehrechte zu reagieren, um dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Ausstrahlung von Großereignissen (z. B. im Bereich des Sports) zu ermöglichen?
20. Abgeordnete  
**Tabea Rößner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern ist nach Kenntnis der Bundesregierung das Bundesarchiv Abteilung Filmarchiv darauf eingerichtet, weiterhin Filmkopien auf Zelluloid zu archivieren und dafür ggf. vom Zerfall bedrohte Filmkopien auf Zelluloid umzukopieren?



21. Abgeordnete  
**Tabea Rößner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Bis wann hat nach Kenntnis der Bundesregierung das Bundesarchiv für die Archivierung von Filmkopien auf Zelluloid ein analoges Kopierwerk betrieben, und plant es, künftig eines zu betreiben, um Filme analog zu archivieren?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie**

22. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung die klima- und industriepolitischen Ziele (20 Prozent CO<sub>2</sub>-Einsparung und 20 Prozent Industrieanteil in Europa bis zum Jahr 2020) zwangsläufig in Konkurrenz, und wenn nicht, was hält sie angesichts der Beschlüsse der Pariser Klimakonferenz für eine geeignete Ausrichtung der europäischen Industriepolitik?
23. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hält die Bundesregierung das mit der Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie entwickelte bundesweit einheitliche Kennzeichnungssystem „Reisen für Alle“ auch für eine einheitliche, verlässliche, detaillierte und geprüfte Erhebung und Kennzeichnung von anderen öffentlich zugänglichen Gebäuden (zum Beispiel Bundesbehörden, Rathäuser, Wahllokale und Sportstätten) für geeignet, und welche diesbezüglichen Aktivitäten gibt es seitens der Bundesregierung schon?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

24. Abgeordneter  
**Hans-Christian  
Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie sind die Einsatzregeln (bitte Wortlaut) und wie lautet die Regelung im internationalen Seerecht für die vier Kriegsschiffe der Deutschen Marine des in der Ägäis eingesetzten NATO-Marineverbands (SNMG 2) für den Fall, dass sie auf Flüchtlingsboote aus der Türkei gen Griechenland treffen, wenn diese sich weigern, der Aufforderung nachzukommen, zur Türkei zurückzukehren (z. B. diese abzurängen, zu entern und Flüchtlinge an Bord zu nehmen und nach „Schleppern“ unter ihnen zu befragen oder aber die Flüchtlingsboote

gewaltsam aufzuhalten, bis Frontex- bzw. Grenzschutzschiffe der Türkei sie zwangsweise in einen türkischen Hafen abschleppen), und wie sollen die NATO-Schiffe im letzteren Falle vorgehen, wenn es zu Havarie- oder anderen Seenotfällen kommt (z. B. durch plötzliche Lecks der Boote und Person-über-Bord-Situationen), um den betroffenen Flüchtlingen gemäß Artikel 98 Absatz 1 des Seerechtsübereinkommens pflichtgemäß „zu Hilfe eilen“ bzw. ihnen „Hilfe leisten“, gerade auch, wenn sie sich weigern, an Bord zu kommen, um in die Türkei zurückgebracht zu werden?

25. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)

Ist es zutreffend, dass das Zurückweisungsverbot nach Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention auch dann greift, wenn die Gefahr besteht, dass der Staat, in den Schutzsuchende zurückgewiesen werden (hier konkret durch NATO-Schiffe in der Ägäis in die Türkei), seinerseits in einen dritten Staat bzw. in den Verfolgerstaat abschiebt, und inwieweit ist vor diesem Hintergrund die geplante Zurückweisung Schutzsuchender in die Türkei mit dem Zurückweisungsverbot vereinbar, da Berichte dazu vorliegen, dass die Türkei syrische Flüchtlinge nach Syrien zurückgeschickt hat ([www.amnesty.de/presse/2015/12/16/tuerkei-nimmt-hunderte-fluechtlinge-fest-und-schickt-sie-zurueck-nach-syrien-und-d](http://www.amnesty.de/presse/2015/12/16/tuerkei-nimmt-hunderte-fluechtlinge-fest-und-schickt-sie-zurueck-nach-syrien-und-d); Nachfrage zur Antwort auf meine Mündliche Frage 5, Plenarprotokoll 18/154, S. 15189, Anlage 7)?

26. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)

Inwieweit teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass die Provinzen Idlib, Aleppo, Hama (Norden), Daraa (Süden) auch und besonders von den islamistischen Terrororganisationen des syrischen Al-Kaida Ablegers Al Nusra-Front, Islamische Front und Ahrar Al-Sham gehalten werden, und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Zusammenarbeit des von ihr mitfinanzierten Syria Recovery Trust Fund in den genannten Provinzen mit Strukturen dieser islamistischen Terrororganisationen?

27. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Welche Finanzhilfen in Form von Budgetunterstützung und Krediten für die Ukraine sind für das Jahr 2016 durch die Europäische Kommission, den IWF und anderen internationalen Akteuren mit deutscher finanzieller Beteiligung geplant, und wovon wird die Bundesregierung eine weitere Fortsetzung ihrer Unterstützung von Zahlungen in Milliardenhöhe angesichts der Korruption unter der ukrainischen Regierung ([www.faz.net/agenturmeldungen/adhoc/iwf-fordert-von-ukraeine-massenahmen-zur-korruptionsbekaempfung-14063917.html](http://www.faz.net/agenturmeldungen/adhoc/iwf-fordert-von-ukraeine-massenahmen-zur-korruptionsbekaempfung-14063917.html)), der politischen Entwicklungen nach dem gescheiterten Misstrauensantrag und dem Verlust der Parlamentsmehrheit ([www.tagesschau.de/ausland/ukraine-regierungskrise-101.html](http://www.tagesschau.de/ausland/ukraine-regierungskrise-101.html)) und der mangelnden Umsetzung der Minsk-II-Vereinbarungen durch Kiews Parlament und Regierung abhängig machen ([www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/ukraine-konflikt-zwischen-den-fronten-14065370.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/ukraine-konflikt-zwischen-den-fronten-14065370.html))?
28. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Über welche Erkenntnisse (etwa aus der Teilnahme an der EU-Militärmission EUNAVFOR MED) verfügt die Bundesregierung darüber, in welchem Umfang in Libyen operierende, profitorientierte Fluchthelfer aus Angehörigen libyscher Behörden bestehen (insbesondere Polizei und Militär), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung hinsichtlich der von ihr geplanten bzw. unterstützten Ausbildungsmissionen für libysche Sicherheitsbehörden (DER SPIEGEL vom 9. Januar 2016) aus einem Bericht der Grenzagentur FRONTEX, wonach die Führungsriege des libyschen „Netzwerks von Schmugglern“ ausschließlich aus aktiven oder ehemaligen Angehörigen von Polizei und Militär bestehen soll („composed of the leading persons, described as Libyan nationals and members of active/former military/police officers“; Africa-Frontex intelligence Community Joint Report 2015)?
29. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Entführungen und Anschläge und sonstige schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen durch die terroristischen Gruppierungen „Al Qaida im islamischen Maghreb“ (AQM), „Mouvement pour l'Unité et le Jihad en Afrique de l'Ouest“ (MUJAO), „El Mourabitoun“ und „Jund al-Khialaifah“ in Algerien seit dem Jahr 2015, und inwiefern ist

die algerische Regierung nach Kenntnis der Bundesregierung in der Lage, die Bevölkerung vor diesen Gruppierungen zu schützen?

30. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)

Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die türkische Armee auf der Grundlage von Aufklärungsdaten deutscher Tornado-Flugzeuge oder AWACS-Aufklärungsflugzeuge kurdische Stellungen in Syrien angreift, und auf welche Daten beider genannter Quellen hat die Türkei Zugriff?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

31. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)

Welche Zielgruppen werden für eine Studie des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundesnachrichtendienstes über eine mutmaßliche russische mediale Einflussnahme in der Bundesrepublik Deutschland beobachtet, und werden dabei auch in Deutschland ansässige Medien observiert?

32. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Inwieweit trifft es zu, dass die Regierung der Türkei drei von dort im Jahr 2015 nach Deutschland geflohene Staatsanwälte (Cekeriya Öz, Delal Kara und Mehmet Yüzgec) mit internationalem Haftbefehl suchen lässt sowie von der Bundesregierung deren Auslieferung verlangt hat, die in Baden-Württemberg Asyl beantragt haben, wegen Ermordungsgefahr polizeilichen Personenschutz erhalten haben und deren Asylanträge durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) derzeit noch nicht rechtskräftig beschieden sind (vgl. taz. die tageszeitung 16. August 2015; AFP 26. August 2015; Sabah 15. August 2015), und welche Angaben macht die Bundesregierung zu Meldungen, aus der Türkei seien Personen unterwegs, um die drei genannten Personen zu töten, zu etwaiger Befassung durch Nachrichtendienste des Bundes mit diesen und von ihnen mitgebrachten Informationen sowie über die etwaige Thematisierung des türkischen Auslieferungsgesuches im Zusammenhang mit den aktuellen

Verhandlungen Deutschlands sowie der Europäischen Union über mehr türkische Aktivitäten bezüglich Flüchtlingen?

33. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)

Inwieweit berücksichtigt – nach Kenntnis der Bundesregierung – die nach Presseberichten ([www.stern.de/news2/griechenland-prueft-einstufung-der-tuerkei-als-sicherer-drittstaat-6694674.html](http://www.stern.de/news2/griechenland-prueft-einstufung-der-tuerkei-als-sicherer-drittstaat-6694674.html)) in Griechenland verabschiedete oder geplante Einstufung der Türkei als sicheren Drittstaat die Anforderungen nach Artikel 38 der Asylverfahrensrichtlinie 2013/32/EU, wonach es individuelle Prüfungen geben muss, ob der betreffende Drittstaat für die konkret Betroffenen tatsächlich als sicher betrachtet werden kann, und inwieweit wird dies auch auf NATO-Schiffen geprüft, wenn diese in der Ägäis aus Seenot gerettete Schutzsuchende in die Türkei zurückbringen, vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundesdrucksache 18/7323 zu Frage 28 erklärte, dass die Türkei „für eine Einstufung als sicherer europäischer Drittstaat aus formellen Gründen aufgrund des in der Fragestellung angesprochenen geografischen Vorbehalts nicht in Betracht“ komme?

34. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)

Inwieweit wird sich die Bundesregierung in der politischen Debatte um die Einführung einer so genannten Obergrenze auf die Ansicht der Europäischen Kommission stützen, eine solche (im Konkreten die österreichische) Obergrenze verstoße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, die Genfer Flüchtlingskonvention und Artikel 18 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (vgl. z. B. Süddeutsche Zeitung vom 19. Februar 2016, S. 1), und inwieweit teilt sie diese rechtliche Bewertung (bitte nach den Rechtsbereichen Europäische Menschenrechtskonvention, Genfer Flüchtlingskonvention und EU-Grundrechtecharta differenziert antworten), die bereits vom Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages im Detail ausgearbeitet und begründet wurde (vgl. [www.ulla-jelpke.de/wp-content/uploads/2016/01/153-15\\_Obergrenzen-bei-der-Aufnahme-von-schutzbedürftigen-Personen\\_endg.pdf](http://www.ulla-jelpke.de/wp-content/uploads/2016/01/153-15_Obergrenzen-bei-der-Aufnahme-von-schutzbedürftigen-Personen_endg.pdf))?

35. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(DIE LINKE.)
- Zu welchen der nachfolgenden durch den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof der Mitgliedschaft bzw. Unterstützung der rechtsterroristischen Gruppierung NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) Beschuldigten Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben, Holger Gerlach, André Eminger, Carsten Schultze, Matthias Rolf Dienelt, Max-Florian Burkhardt, Susann Sabine Eminger, Mandy Struck, Jan Werner, Thomas Starke, Pierre Jahn, Hermann Schneider, André Kapke führten die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder nach dem 4. November 2011 jeweils wann Schutz- bzw. Betreuungsmaßnahmen durch?
36. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(DIE LINKE.)
- Zu welchem Zweck und durch welche Behörden wurden diese Schutz- und Betreuungsmaßnahmen jeweils beantragt und durchgeführt (bitte unter Benennung der Rechtsgrundlage)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

37. Abgeordneter  
**Christian Kühn**  
(Tübingen)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Verbilligungen für Sozialwohnungen wurden durch die Verbilligungsrichtlinie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben – BImA – (BMF-V 137/15, Ausschussdrucksache 18(8)2559) bei Verkäufen berücksichtigt, und wie viele Einheiten hat die BImA in diesem Zeitraum seit Inkrafttreten der Verbilligungsrichtlinie insgesamt verkauft?<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Siehe hierzu auch Frage 14

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

38. Abgeordnete  
**Kerstin Andreae**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um Arbeitnehmern mehr zeitliche Autonomie zu ermöglichen, und welche Rolle spielt hierbei das Recht auf Home Office, wie es die Niederlande letztes Jahr eingeführt hat (SPIEGEL ONLINE vom 14. April 2015)?

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

39. Abgeordneter  
**Harald Ebner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, warum sich die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA und die Europäische Kommission gegen eine Weitergabe des Glyphosat-Risikobewertungsberichts in seiner überarbeiteten Version vom 29. Januar 2015 an Dritte, darunter Industrie und NGOs, vor der allgemeinen Veröffentlichung auf der EFSA-Webseite entschieden haben („Please finally note that neither EFSA nor the European Commission gave access to the revised RAR to anybody, industry or NGOs.“ [www.ask-theeu.org/en/request/2234/response/8050/attach/6/EFSA%20Ref.14719357%20PAD%202015%2093%20Disclosure%20Your%20request%20of%2028%20August%202015.pdf](http://www.ask-theeu.org/en/request/2234/response/8050/attach/6/EFSA%20Ref.14719357%20PAD%202015%2093%20Disclosure%20Your%20request%20of%2028%20August%202015.pdf)), und gab es zwischen diesen EU-Institutionen und der Bundesregierung einschließlich der Ministerien und deren nachgeordneten Behörden eine Kommunikation zu der Frage, wie und warum die Glyphosate Task Force in den Besitz der genannten Berichtsversion kommen konnte?
40. Abgeordneter  
**Harald Ebner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bunderegierung in der Kommunikation mit mir wiederholt angegeben (siehe z. B. Antwort der Bundesregierung vom 8. Februar 2016 auf meine Schriftliche Frage 67 auf Bundestagsdrucksache 18/7510, die Verordnung (EU) Nr. 844/2012 regelt das Verfahren zur Zulassungs-erneuerung von Glyphosat, obwohl tatsächlich die Verordnung (EU) Nr. 1141/2010 dieses Verfahren

im Falle von Glyphosat regelt (siehe Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes vom 15. Februar 2016, PE 6 – 3000 – 17/16 und die in der ersten Frage angegebenen Ausführungen der EFSA)?